

Peter Biegelbauer/Christoph Konrath/Benedikt Speer

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themenbereich Politik und Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Aufgaben, Tätigkeit und Selbstverständnis von Verwaltungen haben sich in den letzten Jahrzehnten im gesamten deutschsprachigen Raum vom ehemals geltenden Leitbild des Vollzugs rechtlicher Normen entfernt. In Verwaltungsreformdebatten und in der Umsetzung konkreter Reformen etwa im Haushaltsrecht und der Verwaltungssteuerung wird die selbstbewusste und verantwortungsvoll handelnde Verwaltung der politischen Leitungsebene bewusst gegenübergestellt.

Ebenso ist es üblich und wird erwartet, dass öffentlich Bedienstete Probleme, die für lösungsbedürftig gehalten werden, identifizieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Sie koordinieren sich mit anderen AkteurInnen im Bereich von Verwaltung, Wissenschaft, Stakeholdern und Politik. Sie verfassen Politikpapiere, politische Reden und wirken maßgeblich an der überwiegenden Mehrheit der Gesetzentwürfe, mit denen sich das österreichische Parlament beschäftigt, mit. Öffentlich Bedienstete bestimmen die Anwendungspraxis von Gesetzen und Verordnungen, adaptieren diese durch Ausbildung von sozialen Praktiken und Konventionen für die Verwaltungspraxis und sind auch dadurch MitgestalterInnen von Politik. Schließlich beurteilen sie Maßnahmen, schlagen Evaluationen vor und machen Vorschläge zur Veränderung von Politikmaßnahmen. Staatliche Informations- und Serviceleistungen liegen ebenso wie die Regulierung wirtschaftlicher, technischer oder sozialpolitischer Aktivitäten weithin im alleinigen Verantwortungsbereich öffentlich Bediensteter.

Diese Tätigkeiten sind so jedoch weit bekannt, werden aber nur in geringem Ausmaß einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen. Dies gilt auch für die Politikwissenschaft in den deutschsprachigen Ländern, besonders aber für Österreich. In diesem Heftschwerpunkt möchten wir einen Zugang zur Praxis der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema Politik und Verwaltung in Deutschland, Österreich und der Schweiz und damit Anknüpfungspunkte für die – vergleichende – Politik- und Verwaltungswissenschaft schaffen.

Die zentrale Frage dabei ist: Wie entwickelt sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit Politik und Verwaltung in den drei deutschsprachigen Ländern und wie lässt sich jeweils der Entwicklungsstand der Forschung in den drei Ländern begründen? Der Schwerpunkt der Untersuchung soll dabei auf den letzten 30 Jahren liegen.

In Deutschland sind in den letzten 30 Jahren zwei Sonderhefte der Politischen Vierteljahresschrift erschienen, die sich mit dem Thema Politik und Verwaltung auseinandergesetzt haben (zuletzt 2006 im Umfang von etwas weniger als 600 Seiten). In der Schweiz und in Österreich stehen derartige Wegmarkierungen noch aus. Allerdings gibt es in der Schweiz und in Deutschland eine durchgehende Beschäftigung der Politikwissenschaft mit dem Thema Verwaltung, die sich auch in Lehrstühlen und (MA-)Lehrgängen niederschlägt. In Österreich gibt es eine eher randständige Beschäftigung mit diesem Themenbereich, was u.a. auch auf das Fehlen einer breiteren verwaltungswissenschaftlichen Tradition im Land zurückzuführen ist. Auch Rechtswissenschaft und Betriebswirtschaft setzen sich in Österreich weniger als in den beiden anderen deutschsprachigen Ländern mit den Beziehungen zwischen Politik und Verwaltung auseinander. Was alle drei Länder hingegen eint, ist, dass es im Vergleich zu den meisten angelsächsischen

Ländern nur eine vergleichsweise unterdimensionierte Auseinandersetzung mit dem Thema Politik und Verwaltung gibt.

Diese Situation ist besonders in Bezug auf Österreich aus akademisch-intellektuellen Gründen unbefriedigend, weil ein wesentlicher Faktor des österreichischen politischen Systems, die Verwaltung, als weitgehend blinder Fleck bestehen bleibt – in geringerem Ausmaß ist diese Kritik auch für Deutschland und die Schweiz gerechtfertigt. Wir verfügen in allen drei Ländern nur über wenige wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse über die Unterschiede zwischen rechtlich festgelegten Normen und Rollenbildern auf der einen Seite und täglich gelebter Verwaltungspraxis auf der anderen Seite, in besonderem Ausmaß trifft das auf Österreich zu. Wir verfügen auch kaum über wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse zur Rolle der Verwaltung im politischen Prozess Österreichs. Diese Tatsachen und die – vor dem Hintergrund der tatsächlichen Bedeutung der Arbeit der Verwaltung für das politische System – potenziellen Folgen für das demokratiepolitische Verständnis Österreichs wurden in den letzten 25 Jahren kaum reflektiert. Diese Defizite waren Anlass für die Gründung der ÖGPW-Sektion „Politik und Verwaltung“ im Jahr 2012 und die Tagung „Politik und Verwaltung in Österreich“, die am 27. Mai 2013 von der ÖGPW-Sektion „Politik und Verwaltung“ gemeinsam mit der Österreichischen Verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaft und dem Führungsforum Innovative Verwaltung abgehalten wurde.

Der Heftschwerpunkt besteht neben dem Editorial aus drei Beiträgen. Die Artikel zu Österreich und Deutschland gehen auf Vorträge zurück, die im Rahmen der eben genannten Tagung „Politik und Verwaltung in Österreich“ gehalten wurden.

In „Die wissenschaftliche (Nicht-)Beschäftigung mit der Verwaltung und ihrem Verhältnis zur Politik in Österreich“ untersuchen Peter Biegelbauer, Christoph Konrath und Benedikt Speer die ebenso lange wie eingeschränkte Beschäftigung mit der Verwaltung in Österreich, die in Geschichte, Rechtswissenschaften, Politikwissenschaften und in Public Management jeweils unter unterschiedlichen Vorzeichen stattgefunden hat.

Sabine Kropp analysiert im Beitrag „Breit aufgestellt und doch verstreut. Politikwissenschaftliche Verwaltungsforschung und universitäre Ausbildung in Deutschland“ die Entwicklung der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema Verwaltung in Deutschland. Diese wird von ihr als zwar insgesamt umfassend, aber einerseits wechselhaft und andererseits auch durch eine Reihe von Lücken gekennzeichnet, charakterisiert.

Fritz Sager schreibt im Artikel „Geschichte, Struktur und Inhalte der politikwissenschaftlichen Verwaltungswissenschaft in der Schweiz“ nicht nur von einer langen Tradition der Verwaltungswissenschaft in der Schweiz, sondern auch von der dynamischen Entwicklung der Beschäftigung mit der öffentlichen Verwaltung seit den 2000ern in Wissenschaft und Lehre.